



02. 10. 2019

SIA

Dringlicher Berichts Antrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Akutzpsychiatrie des Universitätsklinikums Frankfurt

Das Magazin „defacto“ des Hessischen Rundfunks ergänzte seinen ersten Bericht vom 3. Juni des Jahres zur Situation der Akutstation des Universitätsklinikums Frankfurt mit einem neuerlichen Bericht am 30. September. Auf die Frage „Wie schlimm sind die Zustände?“ bestätigten Zeuginnen und Zeugen die Aussagen des Berichts. Der Bericht informierte außerdem über die Recherchen gemeinsam mit „Report Mainz“ zu den mangelhaften Kontrollen. Gerade weil es beim Universitätsklinikum Frankfurt um eine Anstalt öffentlichen Rechts in Landsträgerschaft handelt, ist die fehlende Öffentlichkeit zu Beschwerden und Maßnahmen ein gravierendes Problem.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I Bauliche Mängel

1. In Ihrer Antwort auf unseren Berichts Antrag vom 4. Juni teilte die Landesregierung mit, dass bereits 2019 Planungsmittel für den Psychiatricampus zur Verfügung gestellt werden. Wie weit ist die Beauftragung?
2. Die Landesregierung teilte ebenfalls mit, dass bis zum Herbst seitens des Universitätsklinikums Frankfurt eine Herrichtung von freien Flächen innerhalb der Orthopädie für eine zusätzliche psychiatrische Station geplant ist. Wie weit ist diese Planung?
Wie viel Platz wird damit für welche Abteilungen zusätzlich und insgesamt zur Verfügung gestellt?
3. In dem „defacto“-Bericht vom 30. September bestätigt eine Referentin von ver.di, dass Kolleginnen und Kollegen über braunes Wasser auch auf den Stationen berichtet haben. Inwiefern und wann hat sich die Landesregierung über den Zustand der Wasserleitungen und die Wasserqualität informiert?
4. Von der Klinikleitung wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, besonders bei nicht oft genutzten Waschbecken täglich mehrere Minuten lang Wasser laufen zu lassen. Weiß die Landesregierung von diesen Maßnahmen und wie beurteilt sie diese?

II. Personalbesetzung

1. Inwiefern kam es in den letzten Monaten (seit Juni) zu Überbelegungen in der Akutzpsychiatrie?
Wie lange dauerten diese und wie viele Patientinnen und Patienten betrafen sie?
2. Sind tatsächlich 26 Patientinnen und Patienten zeitweise auf der mit 18 Betten ausgestatteten Station gewesen und wenn ja, wie lange?
3. War der Mangel an Betten so hoch, dass ein Patient auf der Matratze am Boden liegen musste?
Wenn ja, wie lange?
4. Wie viele Pflegekräfte müssen nach Psychiatrie-Personalverordnung auf der Akutstation eingesetzt werden?

5. Die Landesregierung als Eigentümerin der Klinik muss Informationen zur Personalbesetzung erhalten. Inwieweit ist diese Anzahl an Pflegekräften auf der Station tatsächlich eingesetzt?
6. Liegt der Landesregierung der Beschwerdebrief der Beschäftigten aus dem Jahr 2017 inzwischen vor und wie beurteilt sie ihn?
Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
7. Inwiefern gab es nach Anfang Juni weitere Begehungen und Gespräche von Seiten der Landesregierung in Bezug auf die Psychiatrie des Universitätsklinikums Frankfurt?

III. Fixierungen

1. Wie viele Fixierungen gab es in der Psychiatrie des Universitätsklinikums Frankfurt in den Jahren 2018 und 2019?
2. Die Landesregierung hat bei der Antwort auf unseren Berichtsantrag im Juni 2019 mitgeteilt, dass die richterlichen Beschlüsse dem HMSI nicht vorliegen und nur anlassbezogen eingesehen werden. Ein solcher Anlass wären Beschwerden, dass Fixierungen ohne richterliche Genehmigung erfolgt seien. Davon abgesehen, dass das Land bereits in einem Fall zu Schadensersatz verurteilt wurde, gibt es auch im Hinblick auf das Universitätsklinikum Beschwerden, dass keine richterliche Genehmigung erfolgt ist (siehe Zeugnis des Betreuers im aktuellen „defacto“-Bericht). Hat die Landesregierung die Fixierungsprotokolle überprüft und welches Erkenntnisse und Schlussfolgerungen gibt es daraus?
3. Gibt es weitere Hinweise, dass Fixierungen unterhalb von 30 Minuten gehalten, aber gehäuft nacheinander stattfinden?
4. Ist es so, dass Betreuerinnen und Betreuer nicht von den Fixierungen informiert werden und wenn ja, warum ist das so?
Wie vereinbart sich dies mit dem BGB § 1906, 4?
5. Wenn Fixierung die ultima ratio sind, warum findet kein Gespräch mit Betreuerinnen und Betreuern sowie Angehörigen über Alternativen zur Fixierung statt?
6. Wie weit ist die Hessen-Agentur mit der Auswertung der Fixierungsprotokolle?

IV. Allgemeine Fragen

1. Gab es bereits einen Ortstermin der Besuchskommission im Uniklinikum Frankfurt und welche Erkenntnisse und Ergebnisse gibt es von Seiten der Kommission?
2. Wenn es keinen Besuch gab, ist kurzfristig ein Besuch geplant?
3. Wenn beides nicht zutrifft, hat die Besuchskommission nicht auch die Funktion auf öffentliche Beschwerden zu reagieren und diese Einrichtungen besonders in Augenschein zu nehmen?
4. Wieso berichtet die Landesregierung nicht über Erkenntnisse und Entwicklungen bezüglich der Psychiatrie im Universitätsklinikum Frankfurt?
5. Welchen Grund gibt es mit den Vorkommnissen im Klinikum Höchst völlig anders zu verfahren?

Wiesbaden, 2. Oktober 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Hermann Schaus

Christiane Böhm